

Medienmitteilung Nr. 9

Thema	Abstimmungen vom 13. Februar 2011
Für Rückfragen	Dennis Briechle, Präsident, mobile +41 78 857 03 13
Absender	Grünliberale Partei Biel/Bienne, 2502 Biel/Bienne Tel +41 78 788 23 93, eMail biel@grunliberale.ch www.biel.grunliberale.ch
Datum	31. Januar 2011

Grünliberalen sagen NEIN zu neuem AKW

Die Grünliberalen Biel/Bienne haben an ihrer Vorstandssitzung die Parolen zu den Abstimmungen vom 13. Februar gefasst. Sie sagen überzeugt NEIN zu einem neuen AKW Mühleberg, denn die Alternativen zur Atomkraft sind vorhanden und erprobt. Die beiden städtischen Vorlagen, die Abgabe, respektive dem Verkauf, von Bauland an die Firmen Sputnik und Sabag, empfehlen die Grünliberalen zur Annahme. Bei den kantonalen Vorlagen zur Motorfahrzeugsteuer sprechen sie sich für die Vorlage des Grossen Rates aus, welche einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet, während der Volksvorschlag finanzpolitisch nicht tragbar ist und deshalb abgelehnt werden sollte. Für die Ständeratswahl sprechen die Grünliberalen Biel/Bienne keine Empfehlung aus. Auf nationaler Ebene befürworten sie die Initiative „Schutz vor Waffengewalt“.

Die Grünliberalen sagen mit Überzeugung NEIN zu einem neuen Atomkraftwerk in Mühleberg. Nicht nur aufgrund der allseits bekannten, insbesondere ökologischen, Risiken, sondern auch aus ökonomischen Gründen. Der heutige Preis für Atomstrom deckt die entstehenden Folgekosten bei weitem nicht. Die Finanzierung der Entsorgung von Atommüll und dessen Beaufsichtigung während hunderter Jahre, des Rückbaus von Atomkraftwerken und die Versicherung allfälliger Schäden ist nicht gesichert. Es drohen Kosten in unbekannter Höhe, für welche in Zukunft nicht die Betreiber, sondern die Steuerzahlenden aufkommen werden müssen. Vor allem aber können wir mit gutem Gewissen und unbeschwert NEIN zur Atomkraft sagen, da wir heute so weit sind, die Alternativen dazu zu haben. Es bleibt genügend Zeit, in erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu investieren, bis das alte AKW Mühleberg abgeschaltet wird.

Biel: JA zu Landgeschäften

Zu den städtischen Abstimmungen empfehlen die Grünliberalen zwei Mal ein JA. Mit ihren Erweiterungsplänen bekennen sich die Bieler Firmen Sputnik Engineering und Sabag zum Standort Biel und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. Gerade die Expansionspläne von Sputnik zeigen, dass die Solarbranche boomt und der Glaube in die erneuerbaren Energien vorhanden ist. Deshalb befürworten die Grünliberalen die Abgabe von Bauland an die Sputnik und an die Sabag.

Kanton: Ökologische Motorfahrzeugsteuern

Neben der Abstimmung über Mühleberg stehen auf Kantonsebene weitere ökologische Weichenstellungen an. Der Motorfahrzeugsteuer-Variante des Grossen Rates (EcoTax), welche von diesem mit grossem Mehr verabschiedet wurde, setzt das richtige Zeichen, indem sie Anreize für energieeffiziente Fahrzeuge setzt. EcoTax belohnt effiziente Fahrzeuge steuerlich und verteuert die umweltschädlichen, weshalb die Grünliberalen ein JA empfehlen. NEIN sagen sie hingegen zum unausgewogenen Volksvorschlag. Dieser sieht eine massive Steuersenkung vor, welche ein Loch von über CHF 100 Mio in die Staatskasse reisst. Die ökologischen Anreize des Volksvorschlages sind zudem minimal.

Zu den Ständerats-Ersatzwahlen haben die Grünliberalen Biel/Bienne die Stimmfreigabe beschlossen. Keine/r der vier Kandidierenden vermag restlos zu überzeugen.

Bund: JA zur Waffenschutz-Initiative

Auf nationaler Ebene sagen die Grünliberalen Biel/Bienne klar JA zur Waffenschutzinitiative. Die Heimaufbewahrung der Armeewaffe ist ein alter Zopf und es existiert keinerlei militärische Notwendigkeit mehr dafür. Eine Waffe birgt ein erhebliches Gefahrenpotential, weshalb es angebracht ist, künftig Waffen nur an Personen abzugeben, welche damit Umgehen können und ein Bedürfnis dafür haben.

Die Grünliberalen Biel/Bienne sind seit 2008 aktiv und wurden am 5.7.2010 als Ortssektion gegründet. Bei den städtischen Wahlen im September 2008 erreichten sie 6,2% und 4 Sitze im Stadtrat, was ihnen ermöglicht, mit einer eigenen Fraktion zu politisieren. Die Grünliberalen politisieren sachbezogen und lösungsorientiert und setzen sich für die Vereinbarkeit von Anliegen der Ökologie und Ökonomie ein.